

Rudolf Augstein

---

*Rudolf Augstein, Jahrgang 1923, ist Herausgeber des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Nach dem Kriegsdienst wurde er 1946 Redakteur der von der britischen Militärregierung gegründeten Zeitschrift „Diese Woche“. Ab 1947 Chefredakteur, später alleiniger Lizenzträger und Herausgeber des „Spiegel“.*

## Zwischen Gruppeninteressen und Gemeinwohl

Über Daseinssinn, Daseinszweck, Daseinsrecht der Gewerkschaften ist nicht mehr zu reden, sie haben sich etabliert und bewährt. Die ehemalige Schwäche der Arbeiterbewegung ist ins Gegenteil verkehrt: Gewerkschaften sind, was man eine mächtige Institution nennt.

So mächtig freilich ist diese Institution, daß sie längst jenen Grad überschritten hat, bis zu dem hin sich ein System noch in Frage zu stellen fähig ist. Den Gewerkschaften geht es da nicht anders als der Kirche oder dem Fußballbund, es kann ihnen nicht anders gehen. Apparate dieses Umfangs schaffen mehr oder minder automatisch einen Über-Apparat, aus dem sie sich ständig selbst legitimieren und reproduzieren.

Das war Ausgangsort und Endziel: zu vertreten das Interesse des einzelnen gegen kollektive Macht, obwohl natürlich dieses Interesse, um es vertretbar zu machen, im wesentlichen nur als Teil einer Interessensumme vertreten werden kann. Lassen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund, lassen sich seine Spezialgewerkschaften noch vom einzelnen legitimieren?

Man muß daran zweifeln, wenn man, das Plakat „Mündige brauchen keinen Vormund“ vor Augen, die Forderung nach Mitbestimmung reduziert sieht auf die Forderung nach Aufsichtsratsstellen für Gewerkschaftsfunktionäre in Großunternehmen, in denen sie nicht mitarbeiten.

Größe und Einfluß schaffen Verantwortung, über den Rahmen der Sozialpartnerschaft hinaus für Staat und Gesellschaft insgesamt. Insoweit haben die Gewerkschaften ein politisches Mandat, dem sie sich, wenn sie es auch wollten, nicht entziehen können.

Aber diese Verantwortung, dieses Mandat artikuliert sich einstweilen nur zu oft zu einseitig, im Tarifabschluß (zuzugeben, auch die Mandatsträger müssen wie Abgeordnete gewählt werden und also zusehen, daß sie gewählt werden). Ein Beispiel: Ende 1973 hatten die „Fünf Weisen“ des Sachverständigenrats eine Erhöhung der effektiven Stundenlöhne für 1974 um 9,5 Prozent für vertretbar gehalten. Tatsächlich betrug der von den Gewerkschaften durchgesetzte Anstieg des Nominallohns 12 Prozent und mehr — und gefährdete, wie man gesehen hat, die Vollbeschäftigung.

Hier liegt das Dilemma gewerkschaftlicher Politik offen vor uns: Eine Organisation, deren Ziel eine wie auch immer definierte Verteilungsgerechtigkeit ist, eine Organisation, die von Berufs und von Berufung wegen Gruppeninteressen zu vertreten hat und die doch zugleich für das Gemeinwohl in Mithaftung genommen wird (zu recht, wie ich glaube, weil auf einem Teilmarkt de facto Monopolist). Es bleibt die Frage, ob Verteilungsgerechtigkeit unter den Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem konventionellen Instrument der Tarifpolitik allein und ausschließlich herstellbar ist.

Die Erfahrung lehrt:

— orientieren sich die Lohnzuschläge an den Fortschritten der Produktivität, finanzieren die Lohnempfänger auch den Gewinn, den höheren Gewinn der Kapitaleigner;

— überschreiten die Lohnzuschläge den Produktivitätsanstieg, gefährden sie die Stabilität der Preise, ja sogar die Arbeitsplätze.

Verhält es sich aber so, ist diese Überlegung wohl nicht abwegig: Solange die Knappheit von Gütern und Ressourcen, nicht deren Überfluß, bewirtschaftet werden muß, solange sind bisher kapitalistische Strukturen die wirksamsten Methoden der Bewältigung dieser Knappheit.

Es ist (auch) an den Gewerkschaften, neue Lösungen für den Konflikt zwischen den Faktoren Kapital und Arbeit auszudenken und zu entwickeln. Ganz offensichtlich geht die Gleichung maximale Kosten pro Einheit Arbeit = maximale Leistung pro Einkommens-(Lohn-)Empfänger nicht auf. Heißt die alternative Strategie aktive Vermögenspolitik durch Beteiligung aller am Zuwachs und am Ergebnis des Produktivkapitals? Aber das hieße wohl, die klassische Frontstellung zwischen Kapital und Arbeit, diese organisiert durch die Gewerkschaften, in Frage stellen?

*Prof. Dr. Iring Fetscher, geboren 1922 in Marbach am Neckar, ist ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Frankfurt a. M. Er hat zahlreiche Bücher zu Problemen des Marxismus/Leninismus veröffentlicht und ist Herausgeber der „Marxismusstudien“.*

*Weitere Publikationen: Modelle der Friedenssicherung, München 1972; Demokratie zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus, Stuttgart 1973. Daneben satirisch-ironische Arbeiten, z. B. Das Märchenverwirrbuch, Düsseldorf 1973.*

## **Die Sonderstellung der Gewerkschaften im sozialen Rechtsstaat**

Die Tatsache, daß in einer modernen, sozial vielfach gegliederten Gesellschaft die Einzelnen Interessen nur mit Hilfe von Großorganisationen (oder auch Ad-hoc-Organisationen für besondere Zwecke) durchsetzen können, ist allgemein anerkannt. Vielfach wird nun der Versuch gemacht, die Gewerkschaften einfach als eine Art von Interessenverbänden neben anderen hinzustellen, ohne daß dabei die Tatsachen berücksichtigt würden, die sie von allen übrigen wesentlich unterscheiden:

1. Die Gewerkschaften haben sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der überwiegenden *Mehrheit* der Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als *Lohn- und Gehaltsabhängige* gegenüber den Unternehmern (privaten wie öffentlichen) zu vertreten. Das schließt *Unterschiede* der Interessen *innerhalb* der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsabhängigen nicht aus, aber die Aufgabe der großen Industriegewerkschaften und insbesondere des DGB ist es, die *Gesamtinteressen* dieser Bevölkerungsmehrheit adäquat zum Ausdruck zu bringen. Damit unterscheidet sich die Rolle der Gewerkschaften ganz wesentlich von den Interessenvertretungen der industriellen Unternehmer, der Banken, des Groß- und Einzelhandels usw., die jeweils nur *einen* Sektor der Wirtschaft und diesen nur vom Standpunkt der jeweiligen Eigentümer repräsentieren. Da die Mehrheit der Lohn- und Gehaltsabhängigen zugleich die Mehrheit der *Konsumenten* ist (im Unterschied zu den Produzenteneigentümern) haben Gewerkschaften u. a. auch deren Interessen zu wahren.

2. Aus der unterschiedlichen *Stellung innerhalb der Eigentumsordnung* resultieren auch die *unterschiedlichen Formen der Vertretung* (bzw. Durchsetzung) *von Interessen*: die Unternehmer(verbände) (unterschiedlicher Art) können kontinuierlich und ständig ihre Interessen lautlos auf dem Weg über ihre Verkaufsstrategie (Preispolitik, Kartellabsprachen, stillschweigende Arrangements usw.) durchsetzen. Sie können durch Investitionsstreik den Staat (d. h. dessen wirt-

schaftspolitische Entscheidungen) beeinflussen, durch Produktionsverlagerung ins Ausland usw. sich öffentlicher Beeinflussung entziehen.

Die analogen Kampfmittel der Gewerkschaften sind weder so lautlos und so unsichtbar noch immer so effektiv. Kündigungen von Tarifabkommen, Urabstimmungen, Streikdrohungen und Streiks haben stets etwas „Spektakulärereres“ als die Maßnahmen der Unternehmerseite (es sei denn, diese versuchten das Mittel der Aussperrung). Der Kampf der Gewerkschaften ist immer ein *offener, sichtbarer, der Kritik der Medien ausgesetzter*. Er ist aber auch in weit höherem Maße auf die *demokratische Abstimmung* unter den gewerkschaftlich Organisierten angewiesen. Während innerhalb der Unternehmerverbände oft kapitalkräftige Großunternehmungen faktisch einen überragenden Einfluß ausüben (oder *direkt*, ohne Mithilfe des Verbandes, auf Regierungen, Parlamentarier, Parteien einwirken) können, können Gewerkschaftsführungen — auch wenn sie die Tendenz zeigen, sich von ihrer Mitgliederbasis zu lösen — nicht ohne angemessene demokratische Bestätigung und Unterstützung der Mehrheit ihrer Mitglieder und darüber hinaus der Arbeiter eines Wirtschaftszweiges überhaupt tätig werden.

3. Aus der vermehrten demokratischen Legitimation von Gewerkschaften (des DGB) auf der einen Seite und der erschwerten (stets öffentlich sichtbaren mehr oder minder spektakulären) Wirkungsweise auf der anderen, ergibt sich eine Sonderstellung der Gewerkschaften, die von Kritikern oft in Frage gezogen wird. Der Hinweis auf das *Gewerkschaftsvermögen*, gewerkschaftseigene Unternehmen usw. dient dazu, diesen prinzipiellen Unterschied zu verwischen, wobei in der Regel unterlassen wird, das relativ *geringe* Gewicht der gewerkschaftlichen Wirtschaftsmacht im Vergleich mit der privatunternehmerischen in der Bundesrepublik zu registrieren. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß — abgesehen von dem geringen prozentualen Anteil am Volksvermögen — die Tätigkeit der Gewerkschaften als „*Unternehmer*“ Probleme auf wirft. Die *Labour Party* hat seinerzeit, als die ersten Verstaatlichungen in England durchgeführt wurden, mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß auch gegenüber staatseigenen Betrieben die Gewerkschaften ihre alte Rolle behalten sollten. Das gleiche gilt für gewerkschaftseigene Unternehmungen. Es handelt sich hier um zwei miteinander verschränkte Probleme: einmal um den Unterschied *unmittelbarer* Arbeiterinteressen gegenüber *langfristigen und vermittelten* (langfristig kann z. B. jeder Arbeiter an einer Stärkung der Wirtschaftsmacht seiner Gewerkschaft innerhalb der Volkswirtschaft interessiert sein, wenn diese z. B. durch die Wiederherstellung von Konkurrenz innerhalb eines stark oligopolistisch werdenden Wirtschaftszweiges den Konsumenteninteressen nützt). Zum anderen um den mehr oder minder deutlich zutage tretenden Gegensatz zwischen den gemeinwirtschaftlichen „*Idealen*“ der gewerkschaftlichen Unternehmensleitung und den durch den Konkurrenzmechanismus ihnen aufgezwungenen allgemeinen Gesetzen der Wirtschaft. Diesen Gegensatz kann ein kleiner gemeinwirtschaftlicher Sektor innerhalb einer privatwirtschaftlich strukturierten Volkswirtschaft

nicht aufheben, und deshalb *muß* es auch in ihm immer wieder zu Interessenkonflikten zwischen Unternehmensleitung und Arbeitern kommen.

4. Das gleiche Problem taucht bei der *paritätischen Mitbestimmung* auf. Auch wenn die Mitbestimmung auf Großbetriebe beschränkt wird, die im allgemeinen soziale Interessen der Arbeiter stärker berücksichtigen können als kleine und mittlere, bleibt auch hier das Dilemma, daß selbst eine von Arbeitervertretern mitbestimmte Unternehmensleitung sich den Gesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht entziehen kann. Solange diese Unternehmungen mit ausländischen Betrieben konkurrieren, die das Institut der Mitbestimmung *nicht* kennen, werden diese Grenzen oft recht deutlich werden. Auf der anderen Seite kann aber der durch die Mitbestimmung verstärkte *Zwang zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen* langfristig sogar zu einer Verbesserung der Unternehmensleistung führen, die die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich hebt. Ähnliches ist ja jahrzehntelang auf Grund des Drucks der organisierten Arbeiterschaft auf die Löhne geschehen. Der Zwang zur Zahlung höherer Löhne motivierte die Unternehmungen zur Einführung moderner Produktionstechniken, und die Länder mit aktiver Gewerkschaftspolitik entwickelten sich weit rascher als Staaten, in denen die Freiheit der Arbeiter unterdrückt war.

Die Rede vom „Gewerkschaftsstaat“ ist aber schon deshalb unsinnig, weil auch die paritätische Mitbestimmung die Notwendigkeit der Erzielung von Kapitalrenditen (ohne die kein Kapital für die Erneuerung und Erweiterung von Unternehmungen aufgebracht werden kann) nicht aufhebt, und die Unternehmensleitungen an die Gesetze der kapitalistischen Marktwirtschaft gebunden bleiben. Alles was sie allerdings dann zu tun gezwungen sein werden, ist, innerhalb des vorhandenen Spielraums die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsabhängigen zu optimieren, m.a.W. den Sozialstaat auch im Bereich der Produktion (nicht nur auf seiten der Leistungsempfänger) herzustellen.

5. Für den einzelnen Arbeiter kann (und sollte) die Gewerkschaft letzten Endes ein entscheidendes Hilfsmittel sein, das ihn dazu befähigt, aus einem *Objekt* zum *Subjekt* der Lebensgestaltung zu werden. Das gilt für die Verbesserung seiner Lage am Arbeitsplatz, für die Erleichterung des Wechsels und der Erhöhung der Qualifikation wie für die Überwindung der Entfremdung gegenüber dem Produktionsprozeß innerhalb seines Unternehmens und innerhalb der Volkswirtschaft insgesamt. Die Teilhabe an der Unternehmensleitung durch die paritätische Mitbestimmung ist ein — gewiß nicht der einzige — Weg zu diesem Ziel.

*Prof. Dr. Urs Jaeggi, geboren 1931 in Solothurn (Schweiz), ist ordentlicher Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Er war eine Zeitlang Bankangestellter, arbeitete von 1959 bis 1961 an der Sozialforschungsstelle Dortmund und habilitierte sich 1964 an der Universität Bern, wo er bis 1966 lehrte. 1970/71 Theodor-Heuss-Lehrstuhl an der New School for Social Research, New York. Bis 1972 war er Ordinarius an der Ruhr-Universität Bochum.*

## **Die Gewerkschaft zwischen Theorie und Praxis**

### **I.**

Von einer systematisch-theoretischen Aufarbeitung der Gewerkschaftsfragen läßt sich nicht sprechen; ebenso gewiß ist, daß in den letzten Jahren die wesentlichen Momente der gewerkschaftlichen Problematik vor- und rückwärts diskutiert worden sind. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: einmal sind die Gewerkschaften ein wichtiger politischer Faktor; zum anderen haben aufklärerisch orientierte in den letzten Jahren ein erhebliches Maß an Gewerkschaftsarbeit geleistet; haben radikale Gruppen die Gewerkschaften als „Operationsbasis“ benutzt oder zu benutzen versucht und haben rechtskonservative ihre Ideologie der Gewerkschaftsübermacht erweitert. Der Vorwurf des „syndikalistischen Totalitarismus“ (*Goetz Briefs*) ist dabei so unhaltbar wie polemisch immer wieder aktivierbar. Die Gewerkschaften als „Handlungsgehilfen“ der SPD, die Gewerkschaften als Unternehmer großen Stils, die Gewerkschaften als Organisation, die Massen für ihre Zwecke mißbrauchen kann: „Gewerkschaftsübermacht“ als Systembedrohung! Die Gegenrechnung ist sowohl nüchterner als auch stimmiger. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 zeigt dies deutlich.

Die Gewerkschaften hielten nach ihrer unter der Fuchtel der Besatzungsmächte mühsam zustande gekommenen Reorganisation, ähnlich wie die SPD, lange Zeit an der Vorstellung fest, der Kapitalismus nach 1945 sei entweder tot oder doch von völlig anderer Qualität als vor der Zeit des Faschismus. Die auf dem Gründungskongreß von 1949 im Grundsatzprogramm verabschiedeten Ziele — Sozialisierung, Planwirtschaft, Mitbestimmung — blieben programmatische Verlautbarungen; nicht nur erhielt die SPD, die partiell zumindest Teile des Reformprogramms hätte verwirklichen können, zunächst keine parlamentarische Mehrheit; der unter besonderen internen und externen Bedingungen restaurierte Kapitalismus führte bereits zu Beginn der fünfziger Jahre zur gewerkschaftlichen Umorientierung, d. h. weitgehenden Beschränkung auf tarifpolitische Fragen.

### **2.**

Die Gewerkschaften als blinde Macht? *Pirkers* Einschätzung, das Dilemma der Gewerkschaftsfunktionäre bestehe darin, daß diese gesellschaftlich Arrivierte

und politische Revolutionäre zugleich sein wollen<sup>1)</sup>, trifft als Einschätzung heute gewiß nicht mehr. Die schon früh aufgestellte These: „Die Gewerkschaftsbewegung ist und bleibt eine Gegenwartsbewegung, begrenzt durch die kapitalistische Ordnung und ihre Gesetze“<sup>2)</sup> behält ihre Richtigkeit; den Gewerkschaften, oder — personalisierend — den Gewerkschaftsführern für dieses Scheitern die Hauptverantwortung zu geben, wäre falsch. Zwar erfolgte durch die Gewerkschaften die prinzipielle Anerkennung des Anspruchs der Regierung und des Parlaments, die Wirtschaftsverfassung und die Wirtschaftspolitik allein zu gestalten und gewerkschaftlicherseits Änderungen nur noch anzustreben, sofern diese innerhalb des einmal anerkannten Modells der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie möglich sind; dies bedeutete eine nahezu bedingungslose Integration. Die Hoffnung, über die Stimmabgabe bei den Wahlen eine parlamentarische Reformmehrheit zustande zu bringen, die den gewerkschaftlichen Vorstellungen aufgeschlossener gegenübersteht, schloß, wie die sozial-liberale Koalition zeigt, Enttäuschungen deswegen notwendig mit ein, weil diese unter derselben Rücksichtnahme auf die Wirtschaft arbeitet wie die Gewerkschaften selbst.

### 3.

Die linke Kritik, die in die Gewerkschaftsarbeit zum Teil berechnete, zum Teil überzogene Erwartungen setzt, stellt ihre Einwände, grob gesagt, unter folgende Prämisse: Unter welchen Bedingungen, durch welche Mechanismen können die Gewerkschaften den ökonomischen Kampf — zum Schutz und zur Verbesserung der Reproduktionsbedingungen — innerhalb des Lohnsystems in einen Kampf gegen das Lohnsystem selbst überführen?<sup>3)</sup>. Und man kann die Einwände, ebenso verkürzt, auf folgende Argumente bringen: die Gewerkschaften sind reformistische Organisationen, weil sie a) nicht die objektiven Interessen der Lohnabhängigen vertreten; b) die Lohn- und Arbeitsplatzinteressen primär an den Erfordernissen des Wirtschaftswachstums und der Stabilität und weniger an den Bedürfnissen der Mitglieder orientieren; c) die Gewerkschaftsführung, die sich gegenüber der „Basis“ verselbständigt, mit ihrem Apparat die Lohnabhängigen kontrolliert und diszipliniert<sup>4)</sup>. Zu beachten freilich: der „Gewerkschaftsapparat“ ist angewiesen auf die Mobilisierbarkeit der Mitglieder, d. h. auf Massenloyalität, die nicht beliebig strapazierbar ist; auch die organisations-soziologisch erklärbare, das heißt notwendige relative Verselbständigung der Funktionäre, die jede Massenbewegung betrifft, ist begrenzt durch die aufkündbare Folgebereitschaft. Die vielbeschworene und praktizierte „Basisarbeit“ findet darin ihren rationalen Kern. Die sogenannte „wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftspolitik“ spiegelt die in einer prosperierenden Wirtschaft apathische

---

1) Pirker, Theo, Die blinde Macht, Band II, München 1960.

2) Braun, Adolf, Die Gewerkschaften vor dem Krieg, Berlin 1921, S. 334.

3) Müller-Jentsch, W., Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 3, Frankfurt 1975.

4) Siehe W. Müller-Jentsch, Entwicklungen und Widersprüche in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, Kritisches Jahrbuch 73, S. 150 ff.

Einstellung der Mitglieder massen; die Frage ist, ob die zunehmende Krisenhaftigkeit des Wirtschaftssystems parallel läuft mit einer Radikalisierung der Mitglieder. Daß einerseits akut die Desillusionierung steigt, ist so gewiß wie die Tatsache, daß damit keineswegs eine politisch pointiertere Gewerkschaftspolitik Hand in Hand gehen muß; im Gegenteil. Zunächst scheint, zumindest in der Bundesrepublik, das Sicherheitsbedürfnis der Lohnabhängigen zu wachsen: Sicherung des Arbeitsplatzes erhält Priorität gegenüber Lohnforderungen; Systemkritik fällt unter den Verdacht gefährlicher Radikalität. Andererseits: daß Arbeitslosigkeit, Aufgabe der proklamierten Reformvorhaben, verstärkter Rationalisierungsdruck usw. die Gewerkschaftsmitglieder „systemkritischer“ macht, auch wenn dies nur sporadischen Ausdruck findet, scheint ebenso sicher.

## 4.

Auf die Formel Sozialfrieden oder Klassenkampf läßt sich die Gewerkschaftspolitik nicht bringen. Es ist richtig: die Bewegung an der Basis, die spontanen Arbeitsniederlegungen in den letzten Jahren, die nicht zu übersehende Oppositionsbewegung der Vertrauensleute gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaftsspitze usw. sind zum Teil Folge und Anlaß einer sozialistisch-marxistisch orientierten Strategie. Insbesondere in jenen Gewerkschaften (GEW, IG Druck und Papier, ÖTV), in denen sich die kritische sozialwissenschaftlich geschulte Intelligenz schon wegen ihrer zahlenmäßigen Präsenz als „Veränderer“ anbot, versuchten und versuchen diese Teile ihrer Zielsetzung zu realisieren. Die zum Teil hochtrabenden Gewerkschaftsthesen, die sich an italienischen und französischen Verhältnissen orientieren, verharmlosen freilich die Differenz zwischen den konkreten Gesellschaften. So lehrreich fremde Erfahrungen sind, sie sind es zunächst unter dem Aspekt, daß nicht nur das politisch-soziale „Klima“, der Sozialisationsprozeß der Beteiligten, sondern auch und gerade die Kooperation zwischen den Arbeiterparteien und Gewerkschaften wichtig sind; nicht nur historisch, sondern auch theoretisch kommt dabei den Parteien die politische Führungsrolle primär zu. Daß es viele Linke bei uns zwischendurch anders sahen, daß sie aus Enttäuschung über die Volksparteiideologie der SPD auf die Radikalisierung der einzelnen Gewerkschaften setzten, ist verständlich, wenn auch nicht realistisch. Freilich: was in anderen westeuropäischen kapitalistischen Ländern geschieht, bleibt wichtig, nicht bloß weil die Leitbilder einer radikalen Gewerkschaftspolitik virulent werden könnten; wie sich z. B. unter dem Druck der Verhältnisse die französische sozial-christliche Gewerkschaft CFDT und die sozialistischen Parteien um *Mitterrand* als politische Kräfte in den letzten Jahren entwickelten, ist mit dem Hinweis auf französische Zustände allein nicht abzutun.

## 5.

Auch in Deutschland ist in allen Einzelgewerkschaften eine Veränderung gegenüber der apathischen Phase der fünfziger Jahre festzustellen. Diese partielle Radikalisierung zeigt freilich weniger ein gewachsenes Selbstvertrauen, als ein



kritisches Anpacken der eigenen Politik und eine differenziertere Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Nicht der neue „Sozialklerus“ (*Schelsky*) oder, seriöser formuliert, die sozialwissenschaftlich geschulte Intelligenz ist für diese neue Sensibilität verantwortlich; es sind ökonomische Gründe. Daß in den ideologischen Klassenkampf dabei gewerkschaftlich orientierte Theoretiker und Praktiker in den letzten Jahren nicht bloß entschiedener, sondern zum Teil fundierter eingriffen, ist allerdings offenkundig. Insgesamt aber: im Gegensatz zu weiten Kreisen in der SPD haben, mit guten Gründen, die Gewerkschaften ihre Absage an direkte Eingriffe in Produktion und Verteilung als Mittel der Wirtschaftspolitik wieder aufgegeben; sie lassen sich auf die Apologetik der Marktwirtschaft, die in den fünfziger Jahren grassierte, nicht mehr naiv ein. Sie stehen freilich gerade jetzt verstärkt unter dem Druck der Arbeitgeberorganisationen und der Wirtschaft: die Reaktion der Unternehmer auf Rezessionen besteht z. B. eben nicht in Preissenkungen, sondern in Produktions- und Investitionseinschränkungen, und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit wird nicht den Unternehmen, sondern der Regierung und den Gewerkschaften vorab angelastet. Sicher ist dabei: Die verschärften Auseinandersetzungen lassen sich, neben den Tarifverhandlungen, ablesen in der Mitbestimmungsfrage, an der Frage der Lehrlingsausbildung, an den Auseinandersetzungen um die Gesundheitsversorgung, an den Inhalten zu den unter dem verharmlosenden Begriff „Humanisierung der Arbeitswelt“ laufenden Forderung zur Kontrolle und Mitsteuerung der Arbeitsrationalisierungen. Die Gewerkschaften stehen dabei nicht vor der (theoretischen) Frage, ob ihre Politik systemüberwindend oder systemerhaltend ist; sie stehen vor der Frage, ob die durchgekämpften und durchzukämpfenden Maßnahmen die Reproduktions-, d. h. Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessern.

---

Burkart Lutz

---

*Prof. Dr. Burkart Lutz, Jahrgang 1925, ist seit 1965 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. in München. Er ist Honorarprofessor an der Universität München.*

## **Überlegungen zu einigen Zukunftsproblemen der deutschen Gewerkschaften**

### **I.**

Die Stellung der DGB-Gewerkschaften in der Gesellschaft der Bundesrepublik und die Rolle, die sie in den drei Nachkriegsjahrzehnten spielten, sind — verglichen mit Situation und Entwicklung in den anderen hochindustrialisierten Nationen — fast einzigartig: Die Gewerkschaften sind nicht nur als gesellschaftliche Machtgruppe, sondern auch als Faktor politischer und sozialer Stabilität

nahezu unbestritten anerkannt; ihre tarifpolitischen Erfolge sind, in termini des durchschnittlichen Reallohnanstiegs und der Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit, eindrucksvoll und in ihren Wirkungen für die Reduzierung traditioneller Ungleichheit von Lebenslagen von geradezu historischer Bedeutung; ihr direkter und indirekter Einfluß auf die Sozialgesetzgebung und das System sozialer Sicherheit kann kaum hoch genug veranschlagt werden.

Diese ihre Erfolge verdanken die Gewerkschaften offenkundig vor allem anderen der Tatsache, daß es ihnen in den ersten Nachkriegsjahren gelungen war, auf der Basis einer einheitlichen Organisation (Einheitsgewerkschaft im politisch-weltanschaulichen Sinne und Industriegewerkschaft im fachlich-beruflichen Sinne) einen sehr breiten und tragfähigen Konsens von Arbeitnehmerinteressen zu artikulieren und sehr effektiv zu vertreten; die qualifizierten männlichen deutschen Industriearbeiter stellten nicht nur den Kern der Mitgliedschaft, sondern fungierten auch als wesentlicher Kristallisationspunkt allgemeiner gewerkschaftlich vertretbarer Arbeitnehmerinteressen.

## II.

Diese besondere Konstellation von organisatorischer Grundlage und erfolgreicher Aktion — die sich gegenseitig stützen und verstärken — ist nur unter besonderen Voraussetzungen möglich:

1. Ausreichende Homogenität der konkreten beruflichen, betrieblichen und sozialen Situation zumindest des harten Kerns der Mitgliedschaft, also vor allem der Industriefacharbeiter.

2. Die Möglichkeit, wenigstens wichtigen Teilen der aus dieser Situation entspringenden Interessen einen allgemeinen (nicht zuletzt auch quantifizierbaren, zum Beispiel monetären) Ausdruck zu geben, der es anderen Arbeitnehmergruppen, z. B. den Angestellten, gestattet, sich ihnen anzuschließen, ohne hierdurch vitale gruppenspezifische Interessen zu verletzen.

3. Grundlinien der wirtschaftlichen (konjunkturellen und strukturellen) Entwicklung, in deren Rahmen das Prinzip globalen Wirtschaftswachstums einigermaßen den besonderen Bedürfnissen und Problemen der großen Mehrzahl der verschiedenen Wirtschaftszweige und ihrer Beschäftigten Rechnung trägt.

Nur wenn Bedingungen dieser Art gegeben sind, kann gewerkschaftliche Politik einen gemeinsamen Nenner von Arbeitnehmerinteressen schaffen: auf deren Vertretung sich die Organisation mit hoher Effizienz konzentrieren kann; der für alle Arbeitnehmer wichtig genug ist, um notfalls auch einen Arbeitskampf zu riskieren; der allenfalls in Randgruppen der Arbeitnehmerschaft das Bedürfnis nach partikularen Organisationen zur Vertretung spezieller Gruppeninteressen aufkommen läßt; dessen Durchsetzung auch zur Lösung gesellschaftlicher Stabilitäts- und Wachstumsprobleme beiträgt und sich hierdurch legitimiert.

### III.

Schon jetzt zeichnen sich einige Entwicklungen ab, die zur Aufhebung dieser traditionellen Voraussetzungen von Stärke und Erfolg der deutschen Gewerkschaften führen können. Nennen wir nur einige von ihnen:

1. Die Expansion des Bildungssystems, die Ausweitung des Angebots an weiterführender Bildung und komplementäre betriebliche Politiken, d. h. Schaffung hierarchischer Zwischenschichten und Zwischenpositionen mit der Eröffnung wohltdosierter Aufstiegsmöglichkeiten, lassen bildungshierarchische Differenzierung von beruflicher Lage und beruflichen Interessen (wie sie seit langem für den öffentlichen Dienst charakteristisch sind) zunehmend auch dort vordringen, wo bisher einheitliche Qualifikationen und Arbeitssituationen die Artikulation solidarischer Interessen zumindest erleichterten; individueller Aufstieg durch Bildung ist leichter und verlockender, verspricht schnelleren Erfolg als gewerkschaftliche Aktionen; Gruppeninteressen überlagern sich den gemeinsamen Arbeitnehmerinteressen.

2. Verbesserungen der Lebenschancen und Lebenslagen hängen immer mehr von der Qualität öffentlicher Leistungen und dem Volumen öffentlicher Güter ab als vom je individuellen Nominalverdienst; die notwendige Umlenkung der Einkommensströme ist jedoch mit den traditionellen gewerkschaftlichen Mitteln kaum zu bewirken; auch ist das Mobilisierungspotential von Forderungen nach besseren öffentlichen Leistungen weitaus geringer als das von Lohnforderungen — deren Effekt für jeden unmittelbar einsichtig ist.

3. Die Veränderung der Stellung der Bundesrepublik in der internationalen Arbeitsteilung und der Wandel der Binnennachfrage erzwingen langfristige Strukturveränderungen, in deren Zuge bestimmte Wirtschaftszweige auf Kosten anderer bevorzugt ausgebaut werden müßten; hierdurch werden jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit elementare Interessen jeweils ganz bestimmter Beschäftigtengruppen durch das Gesamtinteresse verletzt; es entstehen Konflikte, die auch innerhalb der organisierten Arbeitnehmerschaft ausgetragen werden müßten, ohne daß gegenwärtig die hierzu notwendigen Mechanismen, Regeln und Institutionen auch nur in Ansätzen vorhanden wären.

### IV.

Ein Teil dieser Entwicklungen ist wohl mehr oder minder unvermeidlich; hier würde es in erster Linie darum gehen, Mittel und Wege zu finden, um Schaden für die betroffenen Arbeitnehmer und die Organisation so gering wie möglich zu halten, Aufklärungsarbeit zu leisten und neuartige Aktionsformen zu entwickeln.

Andere — wie vor allem die Zerstörung des traditionellen qualifikatorischen und betriebsstrukturellen Fundaments gewerkschaftlicher Solidarität durch bildungshierarchische Differenzierung der Arbeitskräfte und Berufspositionen — sind ganz eindeutig Ergebnis unzureichender, kurzschlüssig technokratischer Ver-

suche, grundlegende gesellschaftliche Probleme — Folgen des Widerspruchs zwischen faktischer Ungleichheit der Lebenslagen und -chancen und dem formalen Prinzip der Gleichheit — und insofern nicht nur beeinflussbar, sondern auch dringend zu beeinflussen.

Deshalb ist die Forderung nach betrieblicher Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeit nicht nur ein beliebiges Thema gewerkschaftlicher Aktion unter anderen, sondern — ernstgenommen und zu Ende gedacht — von vitaler Bedeutung auch für die organisatorische Existenz und Stärke von Gewerkschaften.

Nur wenn es den Gewerkschaften gelingt, der weiteren Differenzierung von Arbeitssituationen und Berufspositionen erfolgreich entgegenzutreten; nur wenn sie verhindern, daß immer mehr Arbeitslast auf die jeweils schwächsten Arbeitnehmergruppen abgeladen wird (bis diese in den traditionellen Schwerpunkten der Organisation die Mehrheit stellen); nur wenn sie den Versuchen Widerstand leisten, im Rahmen der bestehenden Organisation zunehmend partikulare Interessen einzelner Gruppen in privilegierter Position zu artikulieren und zu vertreten; nur dann werden die Gewerkschaften auch in Zukunft die Rolle spielen können, die sie bisher mit so positivem Effekt übernommen hatten.

---

Oswald von Nell-Breuning SJ

---

*Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ, geboren 1890 in Trier, ist em. Professor der Gesellschaftslehre an der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen in Frankfurt/M. Prof. von Nell-Breuning hat immer wieder richtungweisende Stellungnahmen zu sozialen Fragen und zu Problemen der Gewerkschaftsbewegung abgegeben, die in den Gewerkschaften auf große Resonanz gestoßen sind. Erst jüngst war er wieder stark beteiligt an der Vorlage „Kirche und Arbeiterschaft“, der in der Vollversammlung der „Gemeinsamen Synode der Bischöfe in der BRD“ im November 1974 in erster Lesung beraten wurde und sehr umstritten war, und die im November 1975 verabschiedet werden soll.*

### **Zum Selbstverständnis der Gewerkschaften**

In einer „freien“ Welt sind auch die Gewerkschaften „freie“ Vereinigungen, die ihren Aufgabenkreis und damit den Bereich ihrer Verantwortung frei bestimmen. Man kann sie dabei, wenn sie es wünschen oder bereit sind, es anzuhören, *beraten*; ihnen Vorschriften zu machen, wie beispielsweise, sie hätten nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten sind, auch weiterzumarschieren, ist niemand befugt. Selbstverständlich haben sie die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland, also an erster Stelle deren Grundgesetz, einzuhalten. Um überhaupt „Gewerkschaften“ zu sein und sich der ihnen als solchen eingeräumten Rechte zu

erfreuen, müssen sie überdies gewissen Mindestbedingungen genügen; das bedeutet aber für sie keinen von außen ihnen auferlegten Zwang, sondern — so insbesondere die Gegnerfreiheit — nur die Klarstellung, was eine Gewerkschaft ihrem Sinn nach überhaupt *ist* und allein sein *kann*; vielfältige Abwandlungen ihres Selbstverständnisses bleiben dabei möglich und finden in der Tat statt.

Von ihrem Ursprung her sind die Gewerkschaften Interessenvertretung der Arbeit(nehm)erschaft, zunächst nur in deren Eigenschaft als Arbeit(nehm)er; in immer steigendem Maß haben sie sich zu Interessenvertretungen der Arbeit(nehm)er im umfassendsten Sinn entwickelt; alles, was unter irgendeiner Rücksicht (auch) den Arbeit(nehm)er berührt oder auch nur berühren kann, beziehen sie in ihren Aufgabenkreis ein oder zeigen jedenfalls Neigung, es einzubeziehen. Nach dem eingangs Gesagten steht ihnen das frei; nichtsdestoweniger darf man ihnen zu bedenken geben, ob sie sich damit nicht mit Lasten überladen und sich ein Maß von Verantwortung aufbürden, daß zum guten Schluß niemand mehr auch beim allerbesten Willen zu tragen vermag.

Seitdem die Gewerkschaften ein *Machtfaktor* geworden sind, tragen sie ein gerüttelt Maß von Verantwortung für den guten Gang der Wirtschaft und damit, angesichts der Bedeutung der Wirtschaft für Gesellschaft und Staat, mittelbar und zum Teil sogar unmittelbar auch Verantwortung für diese.

Auf Grund ihres wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gewichtes sind unsere Gewerkschaften zu *Ordnungsfaktoren* unserer Gesellschaft und Wirtschaft geworden und sind auch als solche — von manchen Kreisen allerdings nur widerwillig — anerkannt. Damit ist zunächst nur gesagt, daß sie sich für ein friedlich geordnetes Zusammenleben im Gegensatz zu einem rechtlos ungeordneten entschieden haben. Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, welche Haltung sie zu der bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung einnehmen; völlig offen bleibt, ob oder in welchem Sinne sie diese bestehende Ordnung zu erhalten oder nach welchen Vorstellungen sie umzugestalten streben; es schließt nur die Absicht aus, den Wandel unter Bruch der geltenden verfassungsrechtlichen Ordnung zu betreiben. Das läßt einen weiten Spielraum offen, inwieweit sie die bestehende Ordnung als erhaltenswürdig und inwieweit sie sie als verbesserungsbedürftig ansehen und die bestehende Ordnung nur mit dem Vorbehalt „bis auf weiteres“, d. i. bis zu ihrem Umbau, ihrer Umgestaltung zu einer besseren, akzeptieren.

Das führt zur Frage nach der „Systemüberwindung“. Als Vorfrage wäre ihr vorzuschicken, ob in unserer bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung überhaupt ein „System“ zu erkennen ist. Diejenigen, die sich „Systemüberwinder“ nennen, setzen dies offenbar voraus, denn man kann doch vernünftigerweise nur etwas Bestehendes überwinden wollen. Mir will scheinen, das, was wir an solcher Ordnung haben, sei viel weniger ein „System“ als viel-

mehr ein *Syndrom*\*) sehr unterschiedlicher Elemente, von denen viele nicht nur wandelbar, sondern auch auswechselbar sind, anwesend sein oder auch fehlen und statt dessen sich mit ganz anderen Elementen verbinden können. Der Kapitalismus von 1850 und der Kapitalismus von 1975 unterscheiden sich doch so beträchtlich voneinander, daß, wenn der Kapitalismus ein „System“ sein soll, dieses „System“ zum mindesten äußerst flexibel sein müßte. Auch das als systembildendes Element des (Privat-)Kapitalismus angesehene private Eigentum an Produktionsmitteln ist heute nicht mehr dasselbe, bei weitem nicht mehr so „privat“, wie es im 19. Jahrhundert gewesen ist, und wird, wenn erst einmal die Mitbestimmung auf Unternehmensebene verwirklicht ist, sich noch einmal gewandelt haben und nicht mehr dasselbe sein.

Gleichviel aber, ob es sich um ein „System“ handelt oder nicht, alle sind darin einig, daß einiges an dem Bestehenden geändert werden soll. Darum sollte man, anstatt sich darum zu streiten, ob es ein „System“ sei, sich der *Sachfrage* zuwenden, *was* anders werden soll und *wie* es werden soll. Diesbezüglich bestehen Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen verschiedenen Gewerkschaften, sondern auch innerhalb der einzelnen Gewerkschaften zwischen den in deren *brain-trusts* sitzenden Theoretikern und den praktisch denkenden Vorständen. Ein gewisses Maß solcher Meinungsverschiedenheiten ist sogar zu begrüßen; es bewahrt vor Erstarrung und Versumpfung. Darum meine ich, man sollte das Kriegsbeil „systemüberwindend oder nicht“ begraben und in die sachliche Aussprache eintreten: *was* ist fehlerhaft oder doch unbefriedigend; *wie* kann man es besser ordnen oder gestalten; *wie* läßt sich diese bessere Ordnung oder Gestaltung herbeiführen?

Von der Verantwortung, die unsere Gewerkschaften für den Gang der Wirtschaft, insbesondere für den Beschäftigungsgrad und für die Stabilität des Geldwertes tragen, wird heute soviel geredet und geschrieben, daß kein Bedürfnis besteht, dem noch etwas hinzuzufügen. Aber die Tarifautonomie der Partner und die Tarifpolitik der Gewerkschaften erschöpft sich ja nicht in den Tariflöhnen, sondern ist viel umfassender und schließt unter anderem, wenn auch davon viel weniger die Rede ist, die *Verkürzung der Arbeitszeit* ein. Das betrifft nicht nur die Dauer der täglichen und wöchentlichen Arbeit und die Dauer des jährlichen Urlaubs, sondern auch den Zeitpunkt (das Lebensalter) des Eintritts ins Arbeitsleben und des Ausscheidens aus ihm. Durch die Politik, die sie diesbezüglich betreiben, wirken die Gewerkschaften tief auf das gesellschaftliche Leben überhaupt ein. Man denke nur an den Wandel von einer Gesellschaft, in der siebenjährige Kinder in die Fabriken geholt und an die Maschinen gestellt wurden oder richtiger gesagt unter den Maschinen herumkriechen mußten, zu einer Gesellschaft, deren Jugendliche mit 15, 16 oder 18 Jahren mit abgeschlossener Schulbildung

---

\*) Dieser bei den Medizinern gebräuchliche Ausdruck bezeichnet das tatsächliche, vielleicht ganz zufällige Zusammentreffen (wörtlich: den Zusammenlauf) verschiedener Ursachen oder Erscheinungen, die alle zusammen gerade dieses Krankheitsbild ausmachen.

oder entsprechender beruflicher Vorbildung ins Erwerbsleben eintreten. Wie groß der gewerkschaftliche Anteil an diesem Wandel ist, der formell meist in staatlichen Gesetzgebungsakten seinen Ausdruck findet, dessen sind vielleicht die Gewerkschaften selbst, auf jeden Fall aber die Mitglieder, sich kaum oder gar nicht bewußt. Wie dem aber auch sei, nicht nur um die berufliche Bildung, sondern um die gesamte Bildungspolitik sind die Gewerkschaften, selbst wenn sie es nicht wollten, unvermeidlich in hohem Grade mitverantwortlich, und aller Voraussicht nach wird das Maß dieser ihrer (Mit-)Verantwortung künftig noch zunehmen.

Von der *beschäftigungspolitischen* Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung reden die Gewerkschaften nicht viel; um so mehr denken sie daran. Im bewußten Gegensatz zur primitiven Maschinenstürmern wissen unsere Gewerkschaften, daß wirtschaftlicher Aufstieg und steigender Wohlstand geknüpft sind an die technologische und organisatorische Rationalisierung, heute an Hochrationalisierung und Automation. Das bedeutet ständige Freisetzung von Arbeitskräften, die an anderer Stelle in den Wirtschaftsprozess wieder einzugliedern sind, oder in anderer Sprache ständigen Wegfall von Arbeitsplätzen und deren Ersatz durch produktivere neue Arbeitsplätze und damit verbunden ständige Wanderung von den überholten zu den moderneren, produktiveren Arbeitsplätzen. „Erhaltung der Arbeitsplätze“ bedeutet nicht, wie dem einzelnen Arbeiter, der um „seinen“ Arbeitsplatz zittert, dauerndes Verbleiben an dem einmal innegehabten Arbeitsplatz, sondern — so sieht es die Gewerkschaft und so muß sie es sehen — einen Wanderungsstrom, der veraltete Arbeitsplätze hinter sich läßt und produktiveren Arbeitsplätzen zuströmt. Daß an den neuen Arbeitsplätzen mit *weniger* Arbeit *mehr* Güter (Waren und Dienstleistungen) erstellt werden, ist objektiv ein Fortschritt; für denjenigen aber, der seinen Arbeitsplatz verliert, ist es, wenn er nicht sehr bald einen anderen Arbeitsplatz findet, eine Katastrophe. Durch richtig bemessene Verkürzung der Arbeitszeit vermögen die Gewerkschaften diesen Prozeß zu steuern, d. h. ihn im Ganzen je nach Bedarf zu beschleunigen oder zu dämpfen und dadurch auf den Ausgleich von Freisetzung und Wiedereingliederung hinzuwirken. Wegen der äußerst verwickelten Zusammenhänge, die hier ein dialektisches Spiel treiben, ist das eine hohe, niemals mit voller Sicherheit zu beherrschende Kunst. Je weniger statisch, je mehr dynamisch eine Wirtschaft ist, um so mehr bedarf es dieser Kunst, in einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht weniger als in einer marktwirtschaftlichen Ordnung; in der Zentralverwaltungswirtschaft geht diese Aufgabe allerdings aus den Händen der Gewerkschaften in andere Hände über und nimmt sie die Gewerkschaften nur noch als Erfüllungsgehilfen in ihren Dienst.

Ob die Gewerkschaften, wie ein führender amerikanischer Gewerkschafter meinte, den Kapitalismus als Lebenselement brauchen wie der Fisch das Wasser, ist hier nicht zu entscheiden; bestimmt brauchen sie nach ihrem eigenen Selbst-

Verständnis eine freiheitliche Gesellschaft und in ihr eine in geordneter Freiheit lebende Wirtschaft.

---

Georg Picht

---

*Prof. Dr. Georg Picht, geboren 1913 in Straßburg, ist Professor für Religionsphilosophie an der Universität Heidelberg. Seit 1958 leitet er ein interdisziplinäres Institut, das sich vor allem mit Friedensforschung und mit Grenzproblemen zwischen Naturwissenschaften, Theologie und Philosophie befaßt, die „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ (FEST). Schon früh griff Prof. Picht aktiv in die Bemühungen um eine Bildungsreform ein, u. a. mit seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“, 1964. Seit einigen Jahren hat sich seine publizistische Tätigkeit auf das Feld der großen Infrastrukturfragen der modernen Welt verlagert.*

### **Gewerkschaftliche Aufgabe: Integrierte Infrastrukturpolitik**

Inmitten einer von Krisen geschüttelten Welt erscheint die Bundesrepublik heute als eine Oase der Demokratie, des Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und der Ordnung. Gewiß: Auch wir haben riesige Probleme, die uns über den Kopf zu wachsen drohen. Die Weltwirtschaftskrise hat an unseren Grenzen nicht haltgemacht; die öffentlichen Haushalte brechen unter der Last der an den Staat gestellten Anforderungen zusammen; die Explosion der Ansprüche und Erwartungen wurde kaum gedämpft, obwohl es eine Binsenwahrheit ist, daß wir weit über unsere Verhältnisse leben. Aber trotz der wachsenden Polarisierung und einer erschreckenden Verwilderung der politischen Sitten ist es uns im Vergleich zu anderen Ländern überraschend gut gelungen, jene Konflikte, die heute sämtliche Industriestaaten erschüttern, unter Kontrolle zu halten und jenes Maß an Selbstdisziplin zu bewahren, auf das eine demokratische Staatsordnung angewiesen ist. Das ist zu einem wesentlichen Teil das Verdienst der Gewerkschaften. Sie haben in der Bundesrepublik, über ihre legitime Aufgabe einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer hinaus, ein gesamtgesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein bewiesen, für das es in anderen Ländern nur wenige Beispiele gibt. Die Gewerkschaften sind einer der tragenden Pfeiler jener modernen Form von Demokratie, die trotz aller ungelösten Probleme, trotz aller Strukturschwächen und trotz allen täglichen Ärgers heute politisch unser kostbarster Besitz ist.

Aber machen wir uns keine Illusionen: Der demokratische Rechtsstaat ist heute auch bei uns gefährdet. Geht er in die Brüche, so werden sämtliche Errun-



genschaften aufs Spiel gesetzt, die wir nicht zuletzt den Gewerkschaften verdanken. Unsere Gesellschaft hat sich zwei Jahrzehnte hindurch daran gewöhnt, ihre Konflikte durch Kompromisse zu lösen, deren ökonomische Basis lediglich in Krediten auf zukünftiges Wirtschaftswachstum bestand. Zwanzig Jahre der wirtschaftlichen Expansion haben eine falsche Erwartung gezüchtet: Wir bilden uns ein, wir hätten eine unbefristete Garantie auf permanente Zunahme des privaten Konsums und der sozialen Sicherheit. Das Erwachen aus diesem Expansionsrausch ist ein harter und schmerzlicher Prozeß. Einen vorübergehenden Rückgang der Konjunktur und eine vorübergehende Gefährdung der Arbeitsplätze erträgt die Öffentlichkeit bisher noch mit erstaunlicher Ruhe. Aber was wird geschehen, wenn sich herausstellt, daß unser System der sozialen Sicherheit auf den Sand falscher Erwartungen gebaut ist; daß die öffentliche Hand jene Einrichtungen, die wir für selbstverständlich halten, nicht länger finanzieren kann; und daß sämtliche Parteien in ihren Programmen und Versprechungen Wechsel auf die Zukunft unterzeichnet haben, die niemand einzulösen vermag? Die große Belastungsprobe der Demokratie steht uns erst noch bevor. Dann wird sich zeigen, ob die Pfeiler unserer Staatsordnung wirklich tragfähig sind und ob unsere Gesellschaft genügend demokratische Substanz besitzt, um die Unantastbarkeit des freiheitlichen Rechtsstaates zu garantieren.

Die politische Zukunft einer Organisation hängt von der Richtigkeit ihrer Prognosen ab. Die Planungsruinen, die unser Land bedecken und Milliarden sinnlos verschlungen haben, sind das Resultat falscher Prognosen. Man hat nur sektoral geplant und dabei isolierte Trends linear fortgeschrieben. Dadurch hat man die inneren Widersprüche eines desintegrierten Systems ständig vergrößert. Auch die Gewerkschaften haben, trotz ihres Planungsoptimismus, die zentrale Planungsaufgabe einer modernen Gesellschaft, nämlich den Entwurf integrierter Modelle, vernachlässigt. Sozialordnung, Raumordnung, Umwelt, Verkehr, Energieversorgung, Bildung, Gesundheitswesen, Wirtschaft und Währung bilden einen unlösbaren Verbund. Die Zeiten, in denen es möglich schien, auf jedem dieser Gebiete immer neue Forderungen anzumelden, ohne zu sagen, wie die Rechnung bezahlt werden soll, sind vorbei. Heute werden die sozialpolitischen Weichen durch die Setzung von Prioritäten gestellt. Hier kann sich nur zu Worte melden, wer über eine klar durchdachte Gesamtkonzeption verfügt. Die Gewerkschaften haben erst zu spät erkannt, in welchem Maße die soziale Existenz jeder Gruppe von einer integrierten Infrastrukturpolitik abhängt; es ist ihnen immer noch nicht genügend bewußt, daß die Gesamtheit der sozialen Errungenschaften und Forderungen in der Luft hängt, wenn die öffentliche Hand bei den Verteilungskämpfen zu kurz kommt. Wollen die Gewerkschaften ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, so müssen sie sich die entsprechenden Planungsinstrumente schaffen. Es wird sich als nötig erweisen, daß die übergreifenden Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft innerhalb des DGB angemessen repräsentiert werden. Sonst könnte das Übergewicht des industriellen Sektors den

DGB der Möglichkeit berauben, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in jener Breite zu vertreten, die er beansprucht.

Die Probleme, die in Zukunft gelöst werden müssen, um die Arbeitnehmer sozial und wirtschaftlich zu sichern, sprengen die nationalen Grenzen. Durch innerdeutsche „Systemveränderungen“ kommt man ihnen nicht bei. Solange die schwer erschütterte politische Ordnung der heutigen Welt sich nicht stabilisiert, wird auch die Wirtschafts- und Währungs Krise nicht überwunden werden können. Die Dynamik einer weltweiten Umschichtung der Macht setzt auch das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem schweren Belastungen aus. Deshalb wird heute zugleich mit der Demokratie das Bewußtsein der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft auf die Probe gestellt — einer Solidarität, die nur glaubwürdig ist, wenn sie die Arbeitnehmer der Dritten Welt mit einschließt. In dieser Lage ist es eine der wichtigsten Aufgaben des DGB, die Arbeitnehmer über ihre reale Situation in der heutigen Welt sachgemäß aufzuklären. Wir werden vieles über Bord werfen müssen, was wir bisher für selbstverständlich hielten. Ein demokratischer Rechtsstaat wird die Bundesrepublik nur bleiben, wenn die tragenden gesellschaftlichen und politischen Organisationen den harten Herausforderungen, die uns bevorstehen, mit Vernunft, Augenmaß, Disziplin und Nüchternheit zu begegnen wissen.